



Stadtentwicklungsplan Waiblingen



BAND II

Grundlagen



STADT WAIBLINGEN STADTENTWICKLUNGSPLANUNG STEP 2020

BAND II GRUNDLAGEN

13.12. 2004

Stadt Waiblingen - Referat Stadtentwicklung

ABTEILUNG STADTPLANUNG UND VERKEHR
BEARBEITUNG: P. MAUCH · B. FISCHER

KURZE STRASSE 24 · 71332 WAIBLINGEN
TELEFON 07151 5001 354 · FAX 07151501 406
E-MAIL PETER.MAUCH @ WAIBLINGEN.DE

ORplan

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ORTS- UND REGIONALPLANUNG
STÄDTEBAU UND ARCHITEKTUR

LOCHER · SCHWANTES · SCHWINGE · ZOEPPRITZ
DIPL.-ING. · FREIE ARCHITEKTEN BDA · FREIE STADTPLANER SRL

BEARBEITUNG: S. ZOEPPRITZ · D. WITTENBERG

ROTENBERGSTRASSE 20 · 70190 STUTTGART
TELEFON 0711 / 9 25 75 - 0 · FAX 0711 / 9 25 75 30
E-MAIL POST @ ORPLAN.DE

	INHALT	SEITE
1	EINFÜHRUNG UND GRUNDLAGEN	
1.1	Aufgaben und Ziele	3
1.2	Methodischer Ansatz	5
1.3	Rahmenbedingungen	7
1.4	Planungsbestand	8
2	BESTANDSANALYSE FÜR SACHBEREICHE	
2.1	Bevölkerungsentwicklung und Steuerungsmöglichkeiten	11
2.2	Sachbereich Wohnen – Wohnstandorte – Mobilität	16
2.3	Sachbereich Arbeiten – Wirtschaft – Einzelhandel	26
2.4	Sachbereich Landschaft – Freiflächen – Freizeit - Tourismus	31
2.5	Sachbereich Kultur – Bildung – Soziales – Sport	37
2.6	Sachbereich Organisation und Kommunikation	43
3	SZENARIEN DER STADTENTWICKLUNG	
3.1	Warum Szenarien?	47
3.2	Beschreibungssystematik	49
3.3	Szenario A „Genug gebaut“	50
3.4	Szenario B „Eigenentwicklung“	53
3.5	Szenario C „Angebot durch Wachstum“	56
4.	LEITBILD UND SCHLÜSSELPROJEKTE/AUFGABEN	
4.1	Leitbild	61
4.2	Schlüsselprojekte	61
5	KLAUSURTAGUNG	
5.1	Zielsetzung	64
5.2	Organisation	64
5.3	Teilnehmer	65
5.4	Ablauf	66
5.5	Protokolle	
6	ANHANG	
6.1	Daten aus der Primärstatistik	69
6.2	Projekte von Vereinen, Gruppen und Initiativen	79
6.3	Quellen	81
7	ZUSAMMENFASSUNG	
7.1	Presseerklärung zum Abschluss der ersten Klausurtagung	83

	DARSTELLUNGEN	SEITE
Plan 1	Bevölkerung - Stand und Entwicklung	15
Plan 2	Flächenpotentiale	22
Plan 3	Verkehr - Mobilität	23
Plan 4	Öffentlicher Nahverkehr - Erreichbarkeiten	24
Plan 5	Städtebau - Wohnen	25
Plan 6	Arbeiten - Wirtschaft - Einzelhandel	30
Plan 7	Natur -Landschaft -Erholung	35
Plan 8	Schutzgebiete	36
Plan 9	Kultur - Bildung - Soziales - Sport	41
Plan 10	Schulen - Kindergärten	42
Abb. 1	Ablaufschema	8
Abb. 2	Einwohnerentwicklung	12
Abb. 3	Wohnfläche pro Einwohner	16
Abb. 4	Erwerbspersonen	27
Abb. 5	Nachhaltigkeitsindikatoren	32
Abb. 6	Bevölkerungsentwicklung in Szenarien	48
Abb. 7	Saldo der natürlichen Entwicklung	48
Abb. 8	Altersstruktur Szenario A	51
Abb. 9	Altersstruktur Szenario B	54
Abb. 10	Altersstruktur Szenario C	58
Abb. 11	Übersicht Szenarien	60
Abb. 12	Morphologische Matrix denkbarer Leitbilder	63
Abb. 13	Struktur Arbeitskreise	66
	ANHANG	
Abb. 14	Wanderungen	69
Abb. 15	Altersstruktur	70
Abb. 16	Wohnungen und Gebäude	71
Abb. 17	Belegungsdichte	71
Abb. 18	Wohnungsbestand im Vergleich	72
Abb. 19	Flächennutzung	72
Abb. 20	Motorisierung	73
Abb. 21	Beschäftigung	73
Abb. 22	Wirtschaftsbereiche	74
Abb. 23	Kindergartenkinder	75
Abb. 24	Grundschulschüler	75
Abb. 25	Schüler in Sekundarstufe I	76
Abb. 26	Schüler in Sekundarstufe II	76
Abb. 27	Schülerzahlen nach Klassenstufen 2003	77
Abb. 28	Sportaktive Bevölkerung	78
Abb. 29	Plätze in Alteneinrichtungen	78

1 EINFÜHRUNG UND GRUNDLAGEN

1.1 AUFGABEN UND ZIELE

Städte stehen heute vor vielen Herausforderungen. Von ihnen wird erwartet, dass sie auf den wirtschaftlichen Wandel reagieren, mit der zunehmenden Differenzierung der Lebensstile ihrer Einwohner souverän umgehen, unterschiedliche Ethnien respektieren, Nachhaltigkeit in die bauliche Entwicklung einbringen, demographische Komponenten erkennen, ihre eigenen Aufgaben neu und das Verhältnis zu den Nachbarkommunen interkommunal definieren.

Ein Ansatz in der Stadtentwicklungsplanung setzt gerade in Zeiten knapper kommunaler Kassen bewusst auf marktwirtschaftliche Steuerungsmodelle. Diese Entwicklungsstrategien orientieren sich an Konzepten wie Stadtmarketing, City-Management, Public-Private-Partnership und innerhalb der Verwaltung auf Reformen, die sich am Leitbild des Konzerns Stadt ausrichten.

Stadtentwicklung muss jedoch mehr sein als das Aufbereiten einer Stadt für Investoren. Stadtentwicklung war immer auch geknüpft an Leitbilder, an Vorstellungen darüber, wie soziale Ordnung und menschliches Leben organisiert sein sollen. Städte waren nie nur baulich oder räumlich gedacht, sondern auch immer Entwürfe menschlicher Gesellschaft.

Weitere Herausforderungen ergeben sich aus Umweltbelangen und Energiepolitik. Außerdem wachsen die Ansprüche an Wohnraum und Mobilität, mit den Folgen umfassender Flächeninanspruchnahme und steigenden Individualverkehrs.

Demographie

In allen Regionen vollzieht sich ein Wandel in der Bevölkerungsstruktur, der langfristig durch negative Salden in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsveränderungen aus Wanderungen gekennzeichnet ist. Darüber hinaus ist eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung zu erwarten. So sinkt nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg die Zahl der Kindergartenkinder in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2040 um ein Viertel, dagegen verdoppelt sich im gleichen Zeitraum die Anzahl der pflegebedürftigen Personen.

Die Überalterung der Bevölkerung kann in spürbarem Umfang nur durch eine deutlich höhere Geburtenquote und/oder Zuwanderung junger Menschen beeinflusst werden. Dies wirft Fragen der Migration und einer multiethnischen Gesellschaft auf, mit ihren Konsequenzen für Sozial- und Bildungswesen.

Die Kluft zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft wächst, genauso wie die zwischen den Generationen.

Es gilt, den demographischen Wandel, strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft und ökologische Erfordernisse in Einklang zu bringen. Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund knapper Finanzen und gesellschaftlicher Veränderungen, die mit dem Begriff Wertewandel umschrieben werden.

Das Umland um Mittel- und Oberzentren profitiert

Zentrale Orte

Ein weiteres kommt hinzu: Die Einwohnerzahl von Mittel- und Oberzentren stagniert oder nimmt ab, die Speckgürtel um diese Kommunen profitieren von der Bauplatzsuche und können ihre Einwohnerzahlen erhöhen. Die teuer zu unterhaltende Infrastruktur, von den weiterführenden Schulen bis hin zu kulturellen Einrichtungen, verbleibt in den Zentren und belastet deren Haushalte. Eine gerechte Verteilung ist dies nicht.

Regionale Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung

Region

Diese Veränderungsprozesse erfordern eine kommunalpolitische und planerische Antwort, weil sich daraus geänderte Flächenansprüche und neue Anforderungen an die kommunale Wirtschaftspolitik ableiten. Angesichts des Europas der Regionen treten immer weniger einzelne Städte in Konkurrenz zueinander, immer deutlicher wird stattdessen die Konkurrenz der Regionen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen an Gewicht. Mit der Einrichtung des Planungsverbandes Unteres Remstal wurde hier bereits ein wichtiger Schritt unternommen. Die Professionalisierung der kommunalen Wirtschaftsförderung und ihre Einbettung in die Stadt- und Regionalplanung sind weitere wichtige Ansätze.

Wirtschaftliche Veränderungen und kommunale Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik

Der wirtschaftliche Wandel ist mit folgenden Stichworten zu umschreiben: Strukturänderung hin zur Dienstleistungsgesellschaft, Erhöhung des Qualifikationsniveaus, Wandel zu Know-how-intensiver Produktion, hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Knappheit von Fachkräften. Dies und die technischen Veränderungen vollziehen sich vor dem Hintergrund grundlegender weltwirtschaftlicher Veränderungen.

Dies alles macht deutlich, dass es heute in der Stadtentwicklung bei der Schaffung von Perspektiven für das Gewerbe nicht nur um die Bereitstellung von neuen Flächen gehen kann. Vielmehr ist immer stärker eine aktive kommunale Wirtschaftsförderung erforderlich, in deren Mittelpunkt die Bestandspflege und das Flächenrecycling stehen.

Das Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Nachhaltigkeit

Die dargestellten wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Problemstellungen und Trends gelten auch für Waiblingen. Herausragende Aufgabe ist es auch hier, Anforderungen der Ökologie mit der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Einklang zu bringen. Für diesen Ansatz sind die Begriffe der nachhaltigen, zukunftsbeständigen oder auch zukunftsfähigen Stadtentwicklung geprägt worden.

Stadtentwicklung und Verwaltungsmodernisierung

Verwaltung

In den vergangenen zehn Jahren hat es im Bereich der kommunalen Verwaltung erhebliche Anstrengungen zur Modernisierung gegeben.

Die Ziele der Verwaltungsmodernisierung bestehen darin, die Wirtschaftlichkeit kommunaler Leistungen zu erhöhen, eine stärkere Orientierung am Ergebnis zu errei-

chen, Transparenz gegenüber Rat und Bürgerschaft zu schaffen, ein Kostenbewusstsein in der Verwaltung zu etablieren, die Effektivität und Effizienz zu steigern und die Motivation der Mitarbeiter zu intensivieren.

Bei der Stadtentwicklungsplanung wird ein zentrales Element der Verwaltungsmodernisierung - die Aufgabenteilung zwischen Rat und Verwaltung - besonders deutlich: Der Gemeinderat ist für die strategische Orientierung verantwortlich, die Verwaltung für die Umsetzung und Realisierung zuständig. Dieses Kernelement der Verwaltungsmodernisierung bestimmt die heutigen Stadtentwicklungsplanungen - auch in Waiblingen.

1.2 METHODISCHER ANSATZ

Der Stadtentwicklungsplan ist ein kommunalpolitischer Selbstbindungsplan ohne Genehmigungspflicht. Er versteht sich als Orientierungsrahmen, in dem strategische Konzepte zusammengefasst sind.

Klassische kommunale Verwaltung ist sektoral organisiert. Durch den Stadtentwicklungsplan wird demgegenüber eine integrative Sicht angestrebt.

Der Stadtentwicklungsplan

- ist Ergebnis einer strategischen Diskussion der Kommunalpolitik,
- ist ein integrierter Plan, der alle kommunalen Planungen zusammenfasst und die übergeordneten Planungen mit berücksichtigt,
- ist ein mittel- bis langfristiger Maßnahmenplan für alle wesentlichen kommunalen Funktionen für einen Zeitraum von etwa 10 - 20 Jahren.
- wird im Prozess erarbeitet, in Zusammenarbeit von Kommunalpolitikern, Verwaltung und externen Planern und möglichst unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger,
- dient als zentrales Steuerungsinstrument der Stadtentwicklung und ermittelt den Gestaltungsspielraum einer Kommune.

Die Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinderat, die potenziellen Investoren und die planende Verwaltung haben damit einen Rahmen, an dem die Zielverträglichkeit von Einzelmaßnahmen überprüft werden kann.

Themenbereiche Der Stadtentwicklungsplan zeigt die wesentlichen kommunalen Handlungsfelder der künftigen Entwicklung auf. Es werden Leitbilder, Ziele und Schlüsselprojekte für die kommunalen Bereiche Wohnen, Arbeiten, Kultur, Soziales, Infrastruktur, Erholung und Verkehr entwickelt.

Struktur und Fläche Der Stadtentwicklungsplan trifft Aussagen auf einer räumlichen flächenbezogenen Ebene und einer strukturbezogenen - funktionalen - Ebene.

Gerade durch diese funktionale Betrachtungsebene unterscheidet er sich grundsätzlich vom gesetzlich verankerten Instrumentarium der Bauleitplanung, insbesondere von der Flächennutzungsplanung.

So wird die Gesamtheit der Aufgaben- und Entwicklungsbereiche der Stadt thematisiert, und damit weit mehr als die räumliche und stadtplanerische Dimension.

- Partizipation** Nur eine Stadtentwicklungsplanung, die im Dialog zwischen den kommunalen Akteuren und im breiten Konsens zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft erarbeitet wurde, verfügt über die notwendige Akzeptanz. Damit kommt der Beteiligung der Bürgerschaft und der Entscheidungsträger der Stadt eine besondere Bedeutung zu. Folgende Instrumente kommen dafür zum Einsatz:
- Bürgerbefragung** Die Aufgabe der Bürgerbefragung ist es, das subjektive Bild zu erfassen, welches die Bürger von ihrer Stadt haben. Sie ist damit auch ein Instrument der Bürgerbeteiligung. Gemeinderat und Verwaltung erhalten repräsentative und differenzierte Ergebnisse der Einstellungen der Bürgerschaft zu zentralen kommunalen Aufgabenfeldern. Die Ergebnisse von Bürgerbefragungen dienen als eine Entscheidungsgrundlage für Gemeinderat und planende Verwaltung. Bürgerbefragungen können jedoch formale, rechtlich festgeschriebene Beteiligungsmöglichkeiten nach dem Baugesetzbuch oder der Gemeindeordnung nicht ersetzen.
- Direkte Beteiligung** Durch unterschiedliche Formen von Bürgerbeteiligungsverfahren kann bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. In Frage kommen zum Beispiel Bürgerversammlungen, Hearings zu wichtigen Themenbereichen und offene Beteiligungsverfahren in Form von Arbeitskreisen. Alle Verfahren zielen darauf ab, die Akzeptanz kommunaler Entscheidungen zu erhöhen.
- Klausurtagung** An einem dritten Ort, ohne Abstimmungszwang und außerhalb der Tagesordnung regulärer Gemeinderatssitzungen, diskutieren die Mitglieder des Gemeinderates über die Ziele der Stadtentwicklungsplanung und entwickeln gemeinsam getragene Leitbilder, Ziele, Handlungskonzepte und benennen Schlüsselprojekte. Die Diskussion basiert auf einer Bestandsanalyse der kommunalen Handlungsfelder.
- Prognosen** Da die Stadtentwicklungsplanung für einen längeren Zeitraum angelegt ist, kommen Prognosen und Szenarien besondere Bedeutung zu.
- Als einziger Indikator der zukünftigen Stadtentwicklung lässt sich die natürliche Bevölkerungsentwicklung über einen Zeitraum von 20 Jahren relativ zuverlässig prognostizieren. Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung hängt jedoch auch vom Saldo der Zu- und Abwanderung ab. Dieser Faktor ist über längere Zeiträume nicht hinreichend sicher prognostizierbar, da er von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Entwicklung der Standortbedingungen stark beeinflusst wird.
- Szenarien** Daher hat es sich bewährt, die Strategiediskussion im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung auf der Grundlage von Szenarien zu führen. Die Variablen der Szenarien, wie z.B. die Bevölkerungszahl zum Zeitpunkt X werden gesetzt, und die Folge- und Wechselwirkungen auf die kommunalen Aufgabenfelder diskutiert.
- Steuerbar ist die Einwohnerzahl in attraktiven Standorten wie Waiblingen über das Angebot von Wohnbauflächen.

1.3 RAHMENBEDINGUNGEN

- Zeithorizont**
- Der Gemeinderat der Stadt Waiblingen hat anlässlich seiner Sitzung am 27. März 2003 die Aufstellung eines Stadtentwicklungsplanes (STEP) beschlossen. Die Aufstellung nimmt etwa zwei Jahre in Anspruch. Dabei wird für einen mittelfristigen Zeithorizont bis zum Jahr 2010 und einen langfristigen Zeithorizont bis zum Jahr 2020 geplant.
- Damit bietet der Stadtentwicklungsplan die Möglichkeit, Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen, die über den Planungshorizont des Flächennutzungsplanes 2015 hinaus gehen.
- Organisation**
- Die Aufstellung des Stadtentwicklungsplanes erfolgt im Dialog mit Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik. Diese drei Zielgruppen werden in das Gesamtkonzept unmittelbar einbezogen.
- Die themenspezifische Bestandsaufnahme und Erarbeitung von Planungskonzepten erfolgt durch eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Stadtentwicklung (AG STEP). Die Federführung innerhalb der Verwaltung hat das Referat Stadtentwicklung inne.
- Die Koordination und Abstimmung erfolgt in einer Projektgruppe, die sich aus Vertretern des Gemeinderates und der Verwaltung zusammensetzt.
- Ablauf**
- In der Stadtentwicklungsplanung Waiblingen lassen sich im wesentlichen drei Phasen unterscheiden:
- Phase 1: Bestandsaufnahme und Bestandsanalyse
- Innerhalb der Verwaltung erfolgte im Winter 2003/2004 eine themenspezifische Ämterbefragung zum Thema Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung. Parallel hierzu wurde im Frühjahr 2004 eine repräsentative Bürgerumfrage durchgeführt und im Juli 2004 dem Gemeinderat vorgestellt. Die Ergebnisse sind Grundlage für eine erste Kommunale Klausurtagung am 5./6. November 2004 in Gronau.
- Ziel der Klausurtagung ist die fraktionsübergreifende Diskussion der Ergebnisse der Bestandsanalyse und von möglichen Entwicklungsszenarien. Auf dieser Grundlage erfolgt die Aufstellung eines themenspezifischen Leitbildes und die Identifikation erster Schlüsselprojekte.
- Phase 2: Konzeption und Diskussion
- Aufbauend auf den Ergebnissen der Klausurtagung erfolgt in der nächsten Phase die Diskussion eines projektbezogenen Handlungsprogrammes. Optional ist die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen projektbezogener workshops möglich. Es erfolgt die Rückkoppelung der Ergebnisse in den Ortschaften. Phase 2 soll im Frühjahr 2005 durch eine weitere kommunale Klausurtagung abgeschlossen werden. Ziel der zweiten Klausurtagung ist die Definition von Schlüsselprojekte einschließlich Prioritäten und die Erarbeitung eines ersten Handlungsprogrammwurfes.

- Phase 3: Entscheidung
Auf der Grundlage der zweiten Klausurtagung erfolgt die Erarbeitung des Stadtentwicklungsplanentwurfes. Die Verabschiedung des Stadtentwicklungsplanes durch den Gemeinderat ist Ende 2005 vorgesehen.

ABB. 1 ABLAUFSCHEMA STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

1 .	Orientierung an den Potentialen der Stadt
Fragestellungen:	Welche besonderen Stärken zeichnen die Kommune auf dem regionalen Hintergrund aus? Was sind die Alleinstellungsmerkmale im kommunalen und regionalen Wettbewerb?
2 .	Definition von strategischen Handlungsfeldern
Fragestellungen:	Welche Handlungsfelder haben eine besondere Bedeutung für die zukünftige Stadtentwicklung?
3 .	Diskussion von Leitbildern, Zielen und Handlungskonzepten
Fragestellungen:	Welches sind tragfähige Leitbilder und Ziele der zukünftigen Stadtentwicklung? Welche Handlungskonzepte sind erforderlich, um die Ziele zu erreichen?
4.	Identifikation von Schlüsselprojekten
Fragestellungen:	Welches sind die Schlüsselprojekte zur Umsetzung der Leitbilder und Ziele ?

1.4 PLANUNGSBESTAND

Eine Vielzahl räumlicher Aspekte sind in folgenden Arbeiten erörtert und entschieden worden:

Bundesraumordnung Auf der Ebene des Bundes wird über die Bundesverkehrswegeplanung und das darauf aufbauende Bundesfernstraßengesetz über Rahmenbedingungen auch für Waiblingen entschieden. Die Einstufung der Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts in den weiteren Bedarf mit hohem ökologischem Risiko bedeutet, dass diese Straße auf absehbare Zeit nicht gebaut werden wird und damit die Anbindung des Wirtschaftsraums Waiblingen an die A 81 nicht verbessert werden kann.

- Landesplanung
- Landesentwicklungsplan vom 23.07.2002
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

- Landesentwicklungsplan 1983 Baden-Württemberg vom 12.12.1983
Innenministerium Baden-Württemberg
- Wichtig darin: In Waiblingen bündeln sich die Entwicklungsachsen Stuttgart-Backnang und Stuttgart-Schorndorf. Fellbach und Waiblingen sind als Doppel-Mittelzentrum eingestuft.
- Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 1986
Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg
- Region
- Regionalplan 1998 Region Stuttgart, verbindlich seit 01.03.1999
Fortschreibung Kap. 2.7
Verband Region Stuttgart
- Wichtig darin: Die Kernstadt sowie die Ortsteile Beinstein, Hohenacker und Neustadt sind als Siedlungsflächen im Regionalplan ausgewiesen; Eigenentwicklung ist in den Ortsteilen Bittenfeld und Hegnach vorgesehen. Grünzäsuren verhindern das Zusammenwachsen der Ortsteile
- Regionalverkehrsplan vom 28.03.2001
Verband Region Stuttgart
 - Landschaftsrahmenplan Region Stuttgart 1999
Verband Region Stuttgart
 - Landschaftsplan Unteres Remstal, Fortschreibung 1998
Planungsgruppe LandschaftsArchitektur + Ökologie, Stuttgart
Prof. B. Schmelzer, T. Friedemann, Freie Landschaftsarchitekten
 - Festlegung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie der Wasserschutzgebiete nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen
 - Natura 2000 in Baden-Württemberg, 2.korrigierte Auflage 6/2000
Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg
- Planungsverband
- Waiblingen hat mit vier anderen Kommunen den Planungsverband Unteres Remstal gegründet. In ihm sind Vorüberlegungen zur Stadtentwicklungsplanung 2020 in folgenden Arbeiten erarbeitet worden:
- Landschaftsplan, Schmelzer und Friedemann, 1996/7, mit Ergänzungen 1998
 - Konzeption über die künftige Ansiedlung von Handelsbetrieben im Gebiet des Planungsverbands Unteres Remstal vom 27.09.1999
 - Agenda 21 vom 11.07.2000
Planungsverband Unteres Remstal
 - Flächennutzungsplan des Planungsverbands Unteres Remstal 2015, rechtswirksam seit Herbst 2004
- Zur Abgrenzung der Flächennutzungsplanung von der Stadtentwicklungsplanung ist zu beachten, dass der Flächennutzungsplan sich in seinen Aussagen auf die Art der Bodennutzung beschränkt, keine Aussagen zu Maßnahmen und Prioritäten macht und wegen des zeitlichen Vorlaufs nur auf einen Zeithorizont bis 2015 angelegt ist.

Gleichwohl sind in der Vorbereitung der Flächennutzungsplanung grundsätzliche Vorgaben und Zielvorstellungen zur Entwicklung des Verbandsgebietes beschrieben worden. Sie wurden diskutiert über die Skizzierung alternativer Entwicklungsmodelle

- Modell A Standardbedarf nach Ermittlungsweg des Regionalverbands
- Modell B Entwicklung unter Berücksichtigung des seitherigen Verlaufs
- Modell C Vorrang für die natürlichen Qualitäten
- Modell D Wachstum

Zu den verschiedenen Sachgebieten sind jeweils Grundsätze und Zielvorstellungen sowie Entwicklungstendenzen formuliert worden und ein Fülle von Daten zusammengetragen.

- Bevölkerungsvorausrechnung, Prof. Köhl, 2004

Stadt Waiblingen Eine Vielzahl von Arbeiten der Verwaltung und von externen Beratern haben einzelne fachliche Aspekte der Stadtentwicklungsplanung abgedeckt oder vorbereitet. Darunter sind im wesentlichen:

- Verkehrs-, Dorfentwicklungs-, Stadterneuerungs- und Stadterweiterungskonzepte
- Diverse Standort- und Gestaltungsuntersuchungen für Einzelvorhaben, oft über die vergleichende Bewertung von Alternativen, u.a.:
 - Alter Postplatz
 - Am Remsbogen
 - Galerie
- Bedarfsermittlungen für öffentliche Einrichtungen und technische Infrastruktur durch die zuständigen Fachämter
- Bebauungspläne insbesondere zur Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung
- Sportstättenleitplan 1977/79, Fortschreibung Sportstättenentwicklungsplan 1984
- GMA-Marktuntersuchung 1996
- Workshops der Frauenwerkstatt
 - 1998: Zukunftsperspektiven für Waiblingen aus Frauensicht
 - 2000: Das Leitbild der Lokalen Agenda 21 in Waiblingen unter frauenspezifischen Gesichtspunkten
 - 2001: Einkaufsstadt Waiblingen
- Gesamtverkehrsplan Waiblingen, Ingenieurgesellschaft Verkehr, 2000
- Strategiepapier Stadtmarketing von City Concepts 2002
- Konzept Kinderbetreuung in Waiblingen, Amt für Schulen, Sport und Kultur, 2002
- Schulentwicklungsplan, Amt für Schulen, Sport und Kultur, 2002
- Jahresbericht zur Wirtschaftsförderung, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, 2003
- Kommunale Kinder- und Jugendarbeit, Stadtjugendreferat, 2003
- Klausurtagung des Jugendgemeinderats 2003
- Machbarkeitsstudie für ein Kompetenzzentrum im Mittelzentrum Waiblingen, Immakom, 2003
- Unternehmertag 2003